

„Christlich – demokratische Grundsätze der Entwicklungszusammenarbeit“

ANLÄSSLICH DES INTERNATIONALEN SYMPOSIUMS „DAS GEMEINWOHL IN EINER GLOBALISIERTEN WELT“ IN BERLIN

Die Welt ist in einen tief greifenden Wandel begriffen. Neue Strukturen sind entstanden, die uns zwingen, unser Verhältnis zur Umwelt zu überdenken. In den Ländern Lateinamerikas, Afrikas, Osteuropas und Asiens sind dynamische Entwicklungen entfesselt. Viele Entwicklungsländer verzeichnen ein bemerkenswertes Wirtschafts- und Bedeutungswachstum. Sie gestalten das globale wirtschaftliche und politische Geschehen nun mit. Andere Entwicklungsländer dagegen sind von Bürgerkriegen, Staatszerfall und politischen Wirren bedroht. Die Kluft zwischen erfolgreichen Industrie- und Entwicklungsländern und ärmeren Entwicklungsländern mit verzögerter Entwicklung wächst.

Diese Diskrepanzen, die neu entstandene Konkurrenz um Rohstoffe und Energiequellen, die Bedrohung durch den Klimawandel und die wachsende Perspektivlosigkeit vieler Menschen und Radikalisierungstendenzen in Entwicklungsländern verschärfen die ökonomischen, ökologischen und sicherheitspolitischen Risiken – vor allem auch für Europa und Deutschland.

Angesichts dieser Herausforderungen muss die deutsche Politik ihr außenorientiertes Profil schärfen. Die Entwicklungspolitik spielt dabei eine Schlüsselrolle. Moderne Entwicklungspolitik muss Entwicklungen gestalten. Das heißt:

- Gefahren für die Menschen abwehren

- Strukturen in den Entwicklungsländern transformieren

- Soziale Spannungen abzubauen

Moderne Entwicklungspolitik bedeutet, die Entwicklungen in prekären Entwicklungssituationen so zu beeinflussen, dass Risiken in Chancen transformiert werden – zugunsten der Menschen vor Ort und auch für die Menschen bei uns.

Für uns Christdemokraten und Christsoziale bedeutet moderne Entwicklungspolitik daher

- Verantwortung tragen für Mensch und Schöpfung;
- Mitgestaltung einer umfassenden Sicherheitsstrategie zur Abwehr globaler Gefahren
- Aufbau strategischer, politischer, wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Partnerschaften.
- Vorkehrungen für die eigenen Bürger treffen – Entwicklungspolitik steht auch im Dienste der eigenen Sicherheit und der Positionierung Deutschlands in der Welt

In den mehr als vier Dekaden entwicklungspolitischer Zusammenarbeit hat sich vieles zum Positiven entwickelt. So konnte sich die Weltbevölkerung mehr als verdoppeln, ohne dass wir einen entsprechenden Zuwachs an hungernden Menschen zu verzeichnen haben. Viele Länder Asiens und Lateinameri-

15. Februar 2008

www.kas.de

kas haben die Globalisierung als Chance für Demokratisierung, den wirtschaftlichen Aufstieg und zur Bekämpfung der Armut genutzt. Allerdings war dafür nicht allein die Entwicklungszusammenarbeit verantwortlich. Ursächlich für die Entwicklung waren – durch die Entwicklungspolitik beeinflusst – positive Veränderungen der Regierungsführung, welche eigenverantwortlich die produktiven und schöpferischen Kräfte ihrer Bürger erfolgreich freisetzen und lokale wie internationale Investitionen anlocken. Entwicklung kann nur durch die Eigeninitiative der Betroffenen und auf Grundlage lokaler Lösungsstrategien geschehen. Entwicklungszusammenarbeit kann Entwicklungsländer nicht mit Hilfe westlicher Blaupausen unmittelbar entwickeln, sondern nur die Entwicklungsanstrengungen der dortigen Regierungen und Bürger flankieren. Dies ist auch für die strategische Konzeption einer zukunftsorientierten Entwicklungspolitik eine wichtige Grundlage.

Eine klare und strategische Grundausrichtung für eine moderne dynamische Entwicklungspolitik: Konzentration auf die Stärken, Berücksichtigung der eigenen Interessen und Förderung der Effizienz

Angesichts der wachsenden Herausforderungen und aktuellen Gefahren des Terrorismus und des Klimawandels ist es ein Gebot der Stunde, die entwicklungspolitischen Anstrengungen weltweit zu erhöhen und vor allem wirksamer zu gestalten. Für die Union sind dabei folgende Eckpfeiler einer modernen Entwicklungspolitik besonders wichtig:

- Konzentration auf die Schlüsselsektoren der Entwicklung und Armutsbekämpfung, in denen wir über die besser sind als andere und die entscheidend für Entwicklung sind:

Sicherung der Lebensgrundlagen und Bewahrung der Schöpfung, Hilfe zur Selbsthilfe und Förderung der Freisetzung der schöpferischen Kräfte durch zum Beispiel Bildung und Ausbildung, wirtschaftliche Entwicklung und Mikrofinanzierung für mehr Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze sowie Umwelt- und Ressourcenschutz.

- Konzentration der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf weniger Länder nach Absprache mit den europäischen Partnern und der EU-Kommission bei Beachtung der Kriterien Bedürftigkeit, Signifikanz, Erfolgchancen des deutschen Beitrags und der deutschen Interessenlage.

- Stärkung entwicklungsorientierter Regierungsstrukturen: Belohnung von guter Regierungsführung, durch finanzielle und politische Förderungen von Regierungen, die sich an der wirtschaftlichen bzw. sozialen Entwicklung und an den Menschenrechten orientieren. Dazu gehört auch die Unterstützung von Transparenzinitiativen in Rohstoffökonomien, Transformation von schlechter Regierungsführung durch langfristig angelegte Maßnahmen zur Stärkung der Zivil- und Wissensgesellschaft und eines sozial und wirtschaftliche verantwortungsvollen Mittelstandes.

- Aufbau und Vertiefung von strategischen Partnerschaften mit den Schwellenländern mit dem Ziel, deren Entwicklung gegenüber der jeweiligen Region, gegenüber Deutschland und zur Lösung globaler Probleme positiv zu beeinflussen. Insbesondere im Klima- und Umweltschutz ist eine verstärkte Entwicklungszusammenarbeit durch Rechtsberatung und Technologietransfer in den Bereichen Erneuerbare Energien und Energieeffizienz nötig. Dabei soll der finanzielle Eigenbeitrag der Schwellenländer stetig steigen.

- Bessere Verzahnung der Politikfelder des Außenhandelns (Außen-, Verteidigungs-, Entwicklungs- und Handelspolitik) zur Vertretung unserer eigenen Interessen. Die Entwicklungspolitik ist dabei eine tragende Säule des Außenhandelns und der globalen Gefahrenabwehr durch zivile Krisenprävention und -nachsorge. Friedensmissionen und Maßnahmen zur Migrationsprävention sind nur nachhaltig, wenn die Entwicklungszusammenarbeit den Grundstein für den wirtschaftlichen Aufstieg schafft. Im Rahmen der internationalen Klimaschutzpolitik wird Entwicklungszusammenarbeit mit den Ärmsten zur präventiven Sicherheitspolitik. Klimaanpassungspolitik

und Armutsbekämpfung müssen Hand in Hand gehen.

- Ausrichtung der europäischen und internationalen Handelspolitik auf die Förderung armutsorientierten Wachstums in Entwicklungsländern, bei Vermeidung von Lohn- und Umweltdumping. Entwicklungszusammenarbeit unterstützt die Teilhabe am globalen Handel durch den Aufbau der nötigen Kapazitäten etwa im Bereich der Finanzinstitutionen oder der Zollverwaltung.

- Erarbeitung von partnerorientierten Entwicklungsstrategien, die die kulturellen Besonderheiten und landestypischen Entwicklungsfaktoren berücksichtigen (Religion, Ethnien, Sitten, Geschichte, Geographie, Ressourcen) und stets auf Eigenverantwortung und Förderung der Selbsthilfekräfte achten. Zentrales Instrument ist dabei der Kapazitätsaufbau der staatlichen Verwaltungsstrukturen einerseits und die Teilhabe der Zivilgesellschaft andererseits.

- Bessere internationale Abstimmung und Arbeitsteilung zwischen den nationalen Gebern, der EU-Kommission, der Weltbank, des IWF, den regionalen Entwicklungsbanken und dem UN-System zur Effizienzsteigerung und Kostensenkung. Dazu dient auch eine stärkere Einflussnahme Deutschlands auf internationale Gremien und ihre Reformprozesse – auch durch eine gezielte Personal- und Finanzpolitik.

- Reform des nationalen Systems der Entwicklungszusammenarbeit. Mehr Wirksamkeit und gesteigerte Wirtschaftlichkeit durch klare Steuerung durch das Ministerium und eine sinnvolle Verzahnung und straffere Organisation der deutschen Durchführungsstrukturen.

Ziel christlich geprägter Entwicklungspolitik muss es sein die internationale soziale Marktwirtschaft voranzutreiben Dies bedeutet vor allem:

- Freiheit für kreative Kräfte
- Solidarität mit den Schwachen

- Faire Rahmenbedingungen für Institutionen stärken

- Bewahrung der Vielfalt : Kultur, Natur, Menschen